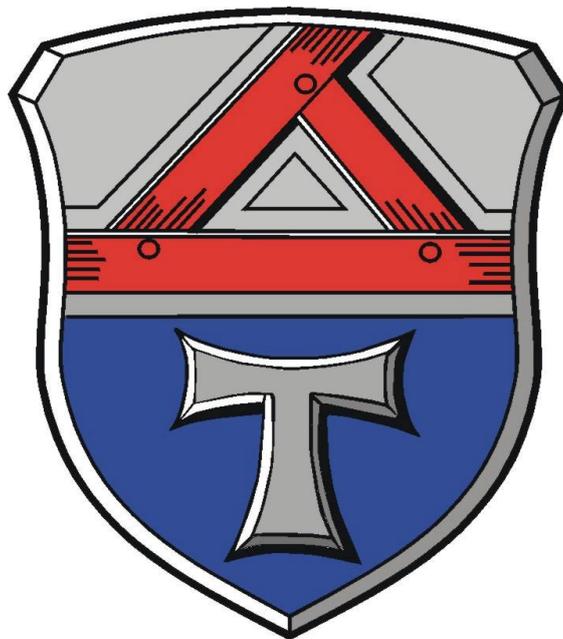


Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten im Landkreis Gießen



Inhaltsübersicht

1. Vorbemerkungen	4
2. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger	6
3. Angebote zur Integration in den Städten und Gemeinden	7
• 3.1. Ausländerbeiräte und Integrationsbeauftragte	7
• 3.2. Die Angebote in den Kommunen	8
3.2.1. Langgöns	9
3.2.2. Linden	10
3.2.3. Pohlheim	10
3.2.4. Hungen	11
3.2.5. Lich	12
3.2.6. Grünberg	13
3.2.7. Laubach	13
3.2.8. Allendorf	14
3.2.9. Lollar	14
3.2.10. Rabenau	17
3.2.11. Staufenberg	17
3.2.12. Buseck	18
3.2.13. Fernwald	18
3.2.14. Reiskirchen	19
3.2.15. Biebertal	19
3.2.16. Heuchelheim	20
3.2.17. Wettenberg	20
3.2.18. Gießen	21
4. Überregionale Angebote in der Stadt Gießen	22
• 4.1. Integrationskurse nach dem Aufenthaltsgesetz	22
• 4.2. Kreisausländerbeirat	22
• 4.3. Fachbereich Jugend und Soziales des Landkreises	22
• 4.4. Allgemeine Migrationsdienste	23
• 4.5. Jugendmigrationsdienste in Stadt und Landkreis Gießen	23
• 4.6. weitere Angebote	24
5. Beschreibung der Situation und Empfehlungen	24
• 5.1. Beschreibung der Situation auf der Ebene der Städte und Gemeinden	24
• 5.2. Empfehlungen von Maßnahmen zur Integration in den Städten und Gemeinden	25
• 5.3. Beschreibung struktureller Defizite auf Landkreisebene	27
• 5.4. Empfehlungen auf Kreisebene	28

6. Tabellenteil	
• Tabelle 1: Ausländerbeiräte und Integrationsbeauftragte	30
• Tabelle 2: Allgemeine Maßnahmen zur Integration von Migranten/innen durch Ausländerbeiräte und / oder Integrationsbeauftragte	31
• Tabelle 3: Maßnahmen der örtlichen Jugendförderung	32
• Tabelle 4: Integrationsmaßnahmen der freien Träger der Wohlfahrtspflege	33
• Tabelle 5: Anzahl der Teilnehmerinnen an Integrationsmaßnahmen der Wohlfahrtsverbände	34
• Tabelle 6: Teilnehmer/innen an Integrationskursen im Januar 2008 nach Alter und Geschlecht	35
• Tabelle 7: Kindertagesstätten	36

1. Vorbemerkungen

Integration ist kein einseitiger Prozess der Zugewanderten. In den, im März 2007 vom Hessischen Sozialministerium herausgegeben „Leitlinien und Empfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen“, heißt es, „Integration zielt auf die Partizipation der zugewanderten Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Integration ist dabei ein dauerhafter Prozess, der auf Gegenseitigkeit zwischen den Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft beruht.“. Diese allgemein anerkannte Definition von Integration ist auch diesem Bericht zugrunde gelegt

In diesem Sinne liegt die Basis für eine Integration im täglichen nachbarschaftlichen Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten, wie sie auch in den Städten und Gemeinden im Landkreis Gießen gelebt wird. Auch in vielen Vereinen findet Integration ganz selbstverständlich statt. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in vielen Bereichen Defizite bei der Integration von Migrantinnen und Migranten bestehen.

Mit der vorliegenden Bestandserhebung werden Angebote zur Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis dargestellt. Die Daten beziehen sich auf den Stand vom Dezember 2007. Diese Erhebung bildet die Grundlage für die Entwicklung geeigneter Integrationsangebote in den Städten und Gemeinden. Deshalb wurde nach Integrationsangeboten gefragt, auf die die Kommunen einen unmittelbaren Einfluss haben, z.B. Jugendförderung, Kindergärten.

Vor einer Betrachtung der Angebotslandschaft werden wir uns zunächst mit der Personengruppe mit Migrationshintergrund beschäftigen. Der Begriff Migration bedeutet „Wanderung“. In der Sozialwissenschaft wird unter dem Begriff der Migration sowohl die Emigration wie Immigration subsumiert. In der Bundesrepublik wird der Begriff der Migranten jedoch meist nur auf die Zuwanderer aus dem Ausland (Immigranten) angewandt, also auf Ausländer und Spätaussiedler. In dem vorliegenden Bericht werden auch wir diese, wenn auch verkürzte, Definition verwenden.

Die Betrachtung sollte sich aber nicht nur auf die Personen beschränken, die selbst zugewandert sind, sondern sie sollte insbesondere auch die Kinder und Jugendlichen erfassen, deren Eltern als Einwanderer zu uns gekommen sind. Mit der Begrifflichkeit „Personen mit Migrationshintergrund“ werden neben den aktiv Immigrierten auch deren Nachkommen erfasst, also auch in Deutschland geborene Kinder von Immigranten.

Die Erhebung von Daten zu diesem Personenkreis gestaltete sich aus verschiedenen Gründen schwierig. So werden in offiziellen Statistiken Spätaussiedler nicht gesondert erfasst, sondern lediglich als Deutsche geführt. Daher lassen sich keine zuverlässigen Daten zur Anzahl der Spätaussiedler erfassen. Eingebürgerte Ausländer werden in den Statistiken ebenfalls nicht aufgeführt. Seit dem Jahr 2000 erhalten Kinder, die in der Bundesrepublik geboren werden und deren Eltern seit mindestens 8 Jahren ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht besitzen, zunächst auch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Mit Erreichen der Volljährigkeit müssen sie sich dann zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsbürgerschaft entscheiden. Bis dahin werden sie statistisch als Deutsche geführt.

Die hier dargestellten Zahlen geben deshalb einen groben Überblick über die Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Bereichen. Dies allein betrachtet, stellt jedoch lediglich ein Indiz für mögliche Bedarfe an Integrationsmaßnahmen dar. Migranten sind keine homogene Gruppe. Neben gut integrierten Aussiedlern und Ausländern der sog. ersten Generation, finden sich vereinzelt auch wenig integrierte Jugendliche der zweiten und dritten Generation. So heißt es etwa in den „Leitlinien und Empfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen, Herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium im März 2007 „Integration ist ein langfristig angelegter Prozess, der oftmals über Generationen verläuft....“

Zur Erhebung von Angeboten zur Integration von Migrantinnen und Migranten wurden die Städte und Gemeinden, die Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie das Bundesamt für Migration (Sprachkursangebote) befragt. Die Fragebögen für die Kommunen gliederten sich in Angebote von Ausländerbeiräten, bzw. Ausländer- / Integrationsbeauftragten, in Angebote der örtlichen Jugendförderung sowie Förderung von Integrationsmaßnahmen. Außerdem wurde die Zahl der Kinder in Kindergärten und der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund erfragt.

Die Fragebögen an die Kommunen wurden im Dezember 2007 versandt. Die letzte Antwort erfolgte nach mehreren Erinnerungen im Februar 2009. Ein Anbieter der freien Wohlfahrtspflege antwortete, trotz Erinnerung, gar nicht. Zu einigen Antworten musste nachgefragt werden und in einzelnen Fällen wurden Fragebögen zur Überarbeitung an die beantwortende Stelle zurückgegeben. Daher konnte mit einer Auswertung erst im März 2009 begonnen werden. Nach der Fertigstellung wurde ein erster Entwurf der Bestandesaufnahme an die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gesandt, mit der Bitte um Ergänzung und Stellungnahme. Diese wurden in dem vorliegenden Bericht eingearbeitet.

Im ersten Teil wird der Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Städten und Gemeinden des Landkreises betrachtet. Diese Daten bilden einen ersten Anhaltspunkt für eventuelle Bedarfe an Integrationsangeboten.

Der zweite und wesentliche Teil beschreibt die Situation in den einzelnen Städten und Gemeinden, wobei aufgrund der besonderen Stellung der Stadt Gießen auf einen detaillierten Vergleich mit den übrigen Kreisgemeinden verzichtet wurde (siehe hierzu Punkt 3.2.18, Seiten 21, 22) Danach werden die überregionalen Angebote, überwiegend in der Stadt Gießen beschrieben.

Nach der Beschreibung der Situation im Einzelnen, werden dann die Angebotsstrukturen betrachtet und erste Empfehlungen zu einer Erarbeitung von Integrationszielen und –maßnahmen sowohl für die Städte und Gemeinden wie für den Landkreis gegeben.

2. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Tabelle zeigt die Einwohnerzahlen aller kreisangehörigen Kommunen sowie deren Ausländeranteil am 31.12.2007, laut ekom 21. Insgesamt hatte der Landkreis 270.663 Einwohner, wovon 19.587 einen ausländischen Pass besaßen, das entspricht 7,2%. Ohne Berücksichtigung der Einwohnerdaten der Stadt Gießen wies der Landkreis einen Ausländeranteil von 5,2% auf.

Quelle ekom 21

Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung 2007			
Kommune	Bevölkerung	Ausländer	v.H
Langgöns	12.309	718	5,8
Linden	12.744	834	6,5
Pohlheim	18.483	1.110	6,0
	43.536	2.662	6,1
Hungen	13.409	565	4,2
Lich	14.015	578	4,1
	27.424	1.143	4,2
Grünberg	14.648	469	3,2
Laubach	10.599	615	5,8
	25.247	1084	4,3
Allendorf	4.433	95	2,1
Lollar	10.256	1492	14,5
Rabenau	5.558	126	2,3
Staufenberg	8.578	565	6,6
	28.825	2278	7,9
Buseck	13.654	688	5,0
Fernwald	6.934	238	3,4
Reiskirchen	10.999	373	3,4
	31.587	1299	4,1
Biebortal	10.698	288	2,7
Heuchelheim	7.845	507	6,5
Wettenberg	12.884	465	3,6
	31.427	1260	4,0
Kreis	188.046	9726	5,2
Gießen	82.617	9861	11,9
Gesamt	270.663	19587	7,2

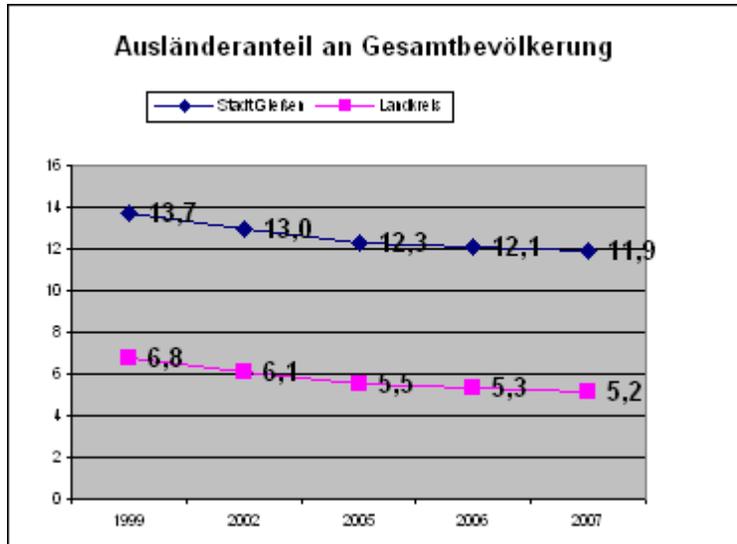
Betrachtet man die einzelnen Kommunen, so ist der Ausländeranteil sehr unterschiedlich. Den höchsten Ausländeranteil wies die Stadt Lollar mit 14,5% auf, noch vor der Stadt Gießen mit 11,9%. Den niedrigsten Anteil, mit 2,1% wies Allendorf auf.

Diese Zahlen sind ein erstes Indiz dafür, in welchen Kommunen es Bedarfe an Integrationsmaßnahmen gibt. Aber, wie schon in den Vorbemerkungen, ausgeführt, stellen Ausländer nur einen Teil der Personen mit Migrationshintergrund und nicht jede Person mit Migrationshintergrund ist schlecht integriert.

So fiel bei der Auswertung der Einwohnerdaten auf, dass Pohlheim, entgegen der allgemeinen Vermutung, mit 6,0% einen geringeren Ausländeranteil als beispielsweise Staufenberg (6,6%) und Heuchelheim (6,5%) hatte. In Pohlheim leben relativ viele Menschen mit Migrationshintergrund, die aramäischen Glaubens sind. In den zurückliegenden Jahren dürften aber viele Aramäer eingebürgert worden sein. Außerdem leben die meisten türkischen Aramäer länger als 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland, so dass deren, hier geborene, Kinder qua Geburt Deutsche sind.

Auf einen Zusammenhang des geänderten Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahr 2000 und dem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung deutet auch die Entwicklung des Ausländeranteils seit 1999 hin, siehe nachfolgende Grafik.

Ebenfalls nicht erkennbar ist die Zahl der Spätaussiedler, die aufgrund der Standorte der früheren Landeswohnheime in den östlichen Regionen des Kreises leben, obwohl auch hier nach wie vor ein Bedarf nach Integrationsmaßnahmen besteht.



Quelle: Ekom 21

Das Diagramm zeigt die Entwicklung des Ausländeranteils von 1999 bis 2007 im Landkreis, ohne die Stadt Giessen, sowie in der Universitätsstadt. Im Landkreis nahm der Anteil um 1,6% ab und in der Stadt Giessen um 1,8%.

Der Rückgang mag zum einen auf die rückläufige Zuwanderung aus dem Ausland, Asylsuchende, Spätaussiedler usw. zurückzuführen sein. Zum anderen dürfte eine Ursache aber auch, wie oben beschrieben, im veränderten Staatsangehörigenrecht liegen. So wurden lt. Regierungspräsidium Giessen im Landkreis, ohne Stadt Giessen, 2006 180 Personen eingebürgert und in 2007 188.

3. Angebote zur Integration in den Städte und Gemeinden

Wie dem vorigen Kapitel „Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger“ zu entnehmen ist, kann der Ausländeranteil einer Kommune ein Hinweis auf einen Bedarf an Maßnahmen zur Integration sein. So verwundert es nicht, dass es in allen Städten und Gemeinden mit 5% und mehr ausländischen Bürgerinnen und Bürgern auch Angebote zu deren Integration gab. Unter den Kommunen, in denen spezielle Maßnahmen und Veranstaltungen zur Integration angeboten wurden, hatte lediglich die Stadt Lich einen Ausländeranteil von weniger als 5% (4,1%). Allerdings leben in Lich relativ viele Spätaussiedler.

3.1. Ausländerbeiräte und Integrationsbeauftragte

Nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) sind zusätzlich zum Kreisausländerbeirat auch in Städte und Gemeinden, mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnern, Ausländerbeiräte zu wählen. Neben den Städten Pohlheim und Lollar haben auch die Städte Lich und Linden die Wahl von Ausländerbeiräten in ihren Hauptsatzungen vorgesehen (siehe Tabelle 1 im Anhang).

Damit gibt es im Landkreis vier Ausländerbeiräte neben dem der Universitätsstadt Gießen. Insgesamt haben 5 Kommunen angegeben, eine/n Ausländerbeauftragte/n, bzw. Integrationsbeauftragte/n berufen zu haben. Die Stadt Linden hat zusätzlich zum Ausländerbeirat einen ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten benannt. Die Integrationsbeauftragte der Stadt Lollar war Angestellte der Stadt. Ihre Stelle ist seit 2008 bei einem freien Träger der Wohlfahrtspflege angesiedelt. In den Gemeinden Buseck, Heuchelheim und Langgöns sind ebenfalls ehrenamtliche Ausländerbeauftragte tätig.

3.2. Die Angebote in den Kommunen

Nachfolgend sind die Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten in den Städten und Gemeinden aufgeführt, die in den Fragebögen genannt wurden. Hierbei werden die Angebote nach Kommunen benannt. Die Reihenfolge richtet sich nach Regionen, wie sie der Tabelle zum Ausländeranteil zu entnehmen ist.

Zunächst werden Angebote der jew. Ausländerbeiräte und –beauftragten, so vorhanden, dargestellt sowie allgemeine Angebote der Kommune zur Integration. Einen Gesamtüberblick bietet die Tabelle 2 im Anhang. Danach folgen Angebote der jew. örtlichen Jugendförderung (Tabelle 3 im Anhang), sofern diese nicht in Kooperation mit Ausländerbeirat- oder beauftragte durchgeführt werden und bereits dort benannt sind.

In den Städten und Gemeinden, in denen Träger der freien Wohlfahrtspflege Maßnahmen zur Integration anbieten, werden diese ebenfalls genannt (siehe Tabellen 4 und 5 im Anhang). Genauso werden auch Integrationskursangebote (Sprach- und Eingliederungskurse), nach dem Aufenthaltsgesetz, in den Kommunen aufgeführt, in denen sie durchgeführt wurden. Alle, im Wintersemester 2007/2008 durchgeführten Integrationskurse können der Tabelle 6 im Anhang entnommen werden.

Gelungene Integrationsmaßnahmen zeichnen sich meist dadurch aus, dass sie in verbindlichen Netzwerken arbeiten. Deshalb wurde auch nach der regelmäßigen Zusammenarbeit mit Partnern bei konkreten Maßnahmen gefragt.

Eine Maßnahme zur Förderung der Integration durch die Städte und Gemeinden besteht darin, Vereine, Initiativen und sonstige Organisationen finanziell zu fördern. Deshalb wurde gefragt, ob die Förderung von Vereinen, die sich um die Integration von Migrantinnen und Migranten bemühen, Teil der Förderrichtlinien ist und ob es derartige Förderungen gab.

Dass Integration und Sprachförderung so früh wie möglich ansetzen sollten, ist allgemein unumstritten. Über die Kindergärten, die meist in kommunaler Hand sind oder von der Kommune gefördert werden, haben die Städte und Gemeinden einen unmittelbaren Einfluss. Aus diesem Grund wurden die Kommunen nach der Situation in den Kindergärten befragt. Es wurde die Anzahl der Kindergärten sowie der Kinder und der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund erhoben (Tabelle 7). Allerdings gaben einige Städte und Gemeinden nur die Kindergärten in eigener Trägerschaft an.

Wie im in den Vorbemerkungen ausgeführt, sind nur ein geringer Teil der Kinder als Ausländer in den Statistiken erfasst. Um einen möglichst genauen Überblick über die tatsächliche Situation zu erlangen, basiert die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund teilweise auf Schätzungen der Kindergartenleitungen.

3.2.1. Langgöns

Am 31.12.07 hatte die Gemeinde Langgöns 12.309 Einwohner/innen, davon hatten 718 Personen einen ausländischen Pass. Damit liegt der Ausländeranteil, mit 5,8%, über dem Landkreisdurchschnitt (ohne Stadt Gießen) von 5,2%.

Die Gemeinde Langgöns hat einen Ausländerbeauftragten berufen, der in Kooperation mit der örtlichen Jugendpflege eine wöchentlich stattfindende Hausaufgabenhilfe organisierte.

Neben der Hausaufgabenhilfe bot die Jugendförderung interkulturelle Veranstaltungen, wie Fußballturniere, in Kooperation mit anderen Jugendpflegen, an. Spezielle Angebote für männliche Migranten oder weibliche Migrantinnen wurden nicht gemacht.

Über das Bündnis für Familie wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Integrationskurse beantragt. Kursträger, für die zwei im Wintersemester 07/08 durchgeführten Kurse, war die Kreisvolkshochschule (KVHS). An den Kursen nahmen insgesamt 24 Personen teil, wovon die Frauen, mit 20 Teilnehmerinnen, den überwiegenden Anteil stellten (siehe hierzu auch Tabelle 6 im Anhang). 6 der Teilnehmer/innen war jünger als 27 Jahre.

In Langgöns gab es 2007 / 2008 ein umfangreiches Netzwerk. Auf der Gemeindeebene arbeiteten die Jugendpflege, das Bündnis für Familie sowie der Ausländerbeauftragte zusammen. In Kooperation von Gemeinde, Bündnis für Familie und KVHS konnten die Integrationskurse angeboten werden. Außerdem gab es eine Zusammenarbeit des Ausländerbeauftragten mit der Fußballabteilung des TSV. Auch mit zwei Kindergärten und der Grundschule in Langgöns und der Gesamtschule in Linden gab es eine regelmäßige Zusammenarbeit. Die Jugendförderung realisierte Angebote in Kooperation mit anderen Jugendpflegen.

Zwar hat die Gemeinde Langgöns die Förderung von Vereinen, die sich um die Integration von Migrantinnen und Migranten bemühen, in ihren Richtlinien aufgenommen, aber es gäbe „keine spezielle Nachfrage“.

Langgöns hat 7 Kindergärten, die im Dezember 2007 insgesamt 369 Kinder betreuten. Davon hatten 96 einen Migrationshintergrund, das entspricht 26%. In der Kindertagesstätte „Mäuseburg, in der Kerngemeinde, wurden die Kinder von Migranten/innen durch einen Sprachkurs gefördert. Außerdem führte diese Kita bei Bedarf Hausbesuche durch und arbeitete, ebenso wie die Kita „Arche“ mit Dolmetschern.

3.2.2. Linden

Die Stadt Linden hatte am 31.12.07 12.744 Einwohner/innen. Mit 834 (6,5%) ausländischen Bürgerinnen und Bürgern lag sie unter dem gesetzlichen Quorum einen Ausländerbeirat wählen zu lassen. Die Stadt Linden hat aber seit vielen Jahren die Wahl eines Ausländerbeirates in ihrer Satzung verankert.

Zusätzlich zum Ausländerbeirat hat die Stadt einen ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten berufen. Da der Ausländerbeauftragte gleichzeitig der Vorsitzende des Ausländerbeirates ist, bieten Beide gemeinsam, in Kooperation mit der örtlichen Jugendförderung, verschiedene Angebote zur Integration an.

So wurden wöchentlich soziale Beratungen für Migrantinnen und Migranten angeboten. Mit Unterstützung des Caritasverbandes Gießen e.V. wurde ein Sprachkurs organisiert. Der Ausländerbeirat führte mehrere interkulturelle Veranstaltungen durch. Darüber hinaus bot der Ausländerbeirat Vorträge zu unterschiedlichen Themen an. Bei Bedarf vermittelte der Ausländerbeauftragte Alphabetisierungsangebote.

Der Ausländerbeirat arbeitete, außer mit der örtlichen Jugendförderung, regelmäßig mit den Kindergärten in Linden, der Anne-Frank-Schule sowie der Kreisvolkshochschule zusammen.

Spezielle Maßnahmen für Jugendliche mit Migrationshintergrund wurden nicht angeboten. Auf die Frage nach einer finanziellen Förderung von Vereinen und Initiativen, die sich besonders um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bemühen, wurde keine Angabe gemacht.

In der Stadt Linden gibt es 5 Kindergärten. Diese betreuten zum Stichtag 31.12.07 insgesamt 397 Kinder, von denen 146 einen Migrationshintergrund hatten. Das entspricht einem Anteil von 36,8%. Die Kindertagesstätte im Stadtzentrum führt zur besseren Einbindung der Eltern Hausbesuche durch und vermittelt den Eltern, über den Ausländerbeirat, bei Bedarf, Dolmetscher. Im ev. Kindergarten Leihgestern sprach eine pädagogische Fachkraft neben deutsch, französisch, eine andere russisch.

3.2.3. Pohlheim

Mit 18.483 Einwohner/innen am 31.12.07, war und ist die Stadt Pohlheim die größte Kommune des Landkreises, einmal abgesehen von der Stadt Gießen. Da mehr als 1.000, nämlich 1.110 (6% von der Gesamtbevölkerung), Personen mit einem

ausländischen Pass in Pohlheim leben, gehört die Stadt zu den Kommunen, in denen laut HGO ein Ausländerbeirat zu wählen ist. Der Ausländerbeirat führt wöchentliche Sprechstunden durch.

Die örtliche Jugendförderung bietet keine Angebote an, die sich speziell an junge Menschen mit Migrationshintergrund wenden. Auch besondere interkulturelle Veranstaltungen, mit dem Ziel der Integration, werden nicht angeboten. Wie in den anderen Kommunen auch, nehmen aber selbstverständlich jugendliche Migrantinnen und Migranten an den offenen Angeboten der Jugendpflege teil. Somit tragen diese Angebote auch zur Integration bei.

Eine Förderung von Vereinen, Initiativen etc, die sich um die Integration von Zuwanderern bemühen ist in den Richtlinien der Stadt nicht vorgesehen.

In Pohlheim gibt es 8 Kindergärten, die im Dezember 2007 insgesamt 602 Kinder betreuten, von denen 178 (29,6%) einen Migrationshintergrund hatten. In zwei Einrichtungen mit dem höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, in Watzenborn (51,1%) und in Garbenteich (37,2%), wurden Sprachförderprogramme angeboten. In keinem der Kindergärten arbeiteten Erzieherinnen oder Erzieher mit eigener Migrationserfahrung.

3.2.4. Hungen

In der Stadt Hungen lebten am Stichtag (31.12.07) 13.409 Menschen. Mit 565 Ausländerinnen und Ausländern betrug deren Anteil 4,2%. Damit wird in Hungen kein Ausländerbeirat gewählt. Auch eine/n Ausländer- oder Integrationsbeauftragte/n gibt es Hungen nicht.

Von der Stadt wurden keine speziellen Integrationsmaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund angeboten, auch nicht im Rahmen der Jugendförderung. Auch wurden keine Vereine oder Initiativen durch die Stadt gefördert, die sich besonders um die Integration bemühen.

Allerdings führte die Kreisvolkshochschule einen Sprachkurs für weibliche Migrantinnen durch, an dem 18 Frauen teilnahmen. 7 der Teilnehmerinnen war unter 27 und 10 waren zwischen 27 und 54 Jahre alt.

In Hungen gibt es 8 Kindertagesstätten, mit insgesamt 416 Kindern, im Dezember 2007. Laut Angaben der Stadtverwaltung waren in den kommunalen Kindergärten keine Kinder von Migrantinnen und Migranten. Lediglich der ev. Kindergarten in der Kernstadt gab an, Kinder mit Migrationshintergrund betreut zu haben. Von den 90 Kindern in dieser Einrichtung hatten 36 einen Migrationshintergrund, das sind 40%. So bemüht sich diese Einrichtung denn auch um die Förderung von Kontakten zwischen einheimischen und zugewanderten Eltern.

3.2.5. Lich

Die Stadt Lich hatte im Dezember 2007 14.015 Einwohner/innen, wovon 578 keine Deutsche waren. Somit betrug der Ausländeranteil 4,1%. Allerdings leben in Lich viele Spätaussiedler, da hier in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts ein großes Übergangswohnheim betrieben wurde.

Obwohl laut HGO nicht erforderlich, hat die Stadt Lich in ihrer Satzung die Wahl eines Ausländerbeirates verankert. Dieser bietet bei Bedarf eine soziale Beratung an. Einmal jährlich veranstaltet er in Kooperation mit der Stadt und dem Forum für Völkerverständigung ein internationales Friedensfest. In Zusammenarbeit mit der Licher Musikschule bot er einen Workshop „türkische Musik“ an. Darüber hinaus arbeitete der Ausländerbeirat regelmäßig mit den Leitungen der Dietrich-Bonhoeffer-Schule und der Erich-Kästner-Schule zusammen.

Die Jugendpflege der Stadt Lich bietet, neben den Offenen Angeboten, einen einmal wöchentlich stattfindenden speziellen Treffpunkt für Jugendliche mit Migrationshintergrund an. Generell haben aber alle Angebote der Jugendpflege das Ziel, die Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen, insbesondere mit Migrationshintergrund zu fördern. Darüber hinaus gibt es seit Oktober 2008, in Kooperation mit dem Internationalen Bund für Sozialarbeit e.V. (IB), das Projekt „aufsuchende Jugendsozialarbeit“, dessen primäre Zielgruppen Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder sozialer Benachteiligung sind. Langfristig soll im Rahmen der Jugendpflege ein Netzwerk entstehen, das die bereits bestehenden Kooperationen zusammenführt und vertieft.

Die Kreisvolkshochschule bot einen Integrationskurs nach dem Aufenthaltsgesetz an, an dem 6 Personen teilnahmen (siehe auch Tabelle 5)

Die Frage nach der finanziellen Förderung von Vereinen und Initiativen wurde nicht beantwortet.

Lich hat 4 Kindertagesstätten in eigener Trägerschaft, in denen im Dezember 2007 315 Kinder betreut wurden, 75 Kinder hatten einen Migrationshintergrund (23,8%). Eine gesonderte Förderung dieser Kinder wurde von keinem der Kindergärten angeboten, in einigen Kindergärten der Kernstadt werden jedoch Deutschvorlaufkurse durch die Grundschule durchgeführt. In zwei Kindergärten sprachen Pädagogen/innen neben deutsch auch russisch und der DRK Kreisverband bietet ein Projekt namens HIPPY (**H**ome **I**nstruction for **P**arents of **P**reschool **Y**oungsters) an.

Hierbei suchen sog. Hausbesucherinnen regelmäßig die teilnehmenden Migrantenfamilien auf. In deutscher Sprache wird den teilnehmenden Eltern, meist den Müttern, die Inhalte und Ziele der mitgebrachte Arbeitsmaterialien erklärt, mit dem Ziel das sie die Materialien dann selbständig mit den Kindern bearbeiten können. In Lich haben hieran 8 Kinder und 8 Mütter teilgenommen (siehe Tabelle 4)

3.2.6. Grünberg

Grünberg, mit seinen insgesamt 14.648 Einwohner/innen, von denen 469 ausländische Staatsangehörige waren (3,2%), hat keinen Ausländerbeirat. Auch wurde kein/e Ausländerbeauftragte oder Integrationsbeauftragte benannt. Ähnlich wie Lich, hatte Grünberg bis in die 1990er Jahre Übergangswohnheime für Spätaussiedler. Viele siedelten sich auf Dauer in der Stadt an und Verwandte aus anderen Orten zogen zu. Somit ist die tatsächliche Zahl der Zuwanderer höher als der Ausländeranteil dies vermuten lässt.

Zwar bot die Jugendpflege der Stadt Grünberg 2007 keine speziellen Angebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an, für das Jahr 2008 waren aber integrationsspezifische Angebote geplant. Laut Angabe der Jugendpflegerin haben an allen Angeboten der Jugendpflege auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund teilgenommen, die in die Gruppen integriert wurden.

In Förderrichtlinien der Stadt ist die Förderung der Integration von Zugewanderten kein besonderes Kriterium.

Die Stadt Grünberg hat 7 Kindergärten, in denen im Dezember 2007 insgesamt 422 Kinder betreut wurden, von denen viele aus Aussiedlerfamilien kommen. In einigen Kindergärten sind Aussiedlerinnen als Erzieherinnen beschäftigt.

3.2.7. Laubach

Die Stadt Laubach hatte am 31.12.2007 10.599 Einwohner/innen. Der Ausländeranteil lag mit 5,8% = 615 Personen, knapp über dem Kreisdurchschnitt, mit 5,2%. Wie im benachbarten Grünberg, haben sich, nach der Schließung der Übergangswohnheime, relativ viele Spätaussiedler in Laubach angesiedelt. Damit ist die tatsächliche Zahl der Migranten/innen höher als es der Ausländeranteil ausdrückt.

Laubach hat keine institutionalisierte Interessensvertretung der Migrantinnen und Migranten (Ausländerbeirat, Integrationsbeauftragte/r).

Die örtliche Jugendpflege bietet regelmäßig soziale Beratung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an. In Kooperation mit dem Internationalen Bund für Sozialarbeit e.V. (IB) bietet sie Unterstützung für Jugendliche in der Übergangsphase von Schule und Beruf an. So wurden 2007 speziell junge Migrantinnen auf das Berufsleben vorbereitet. Für männliche Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wurde bei Bedarf eine Bewerbungshilfe angeboten und ein- bis zweimal jährlich können sie einen Internetpass erwerben. Das offene Angebot zur Förderung der Begegnung von jungen männlichen Migranten mit einheimischen Jungen und jungen Männern wird regelmäßig von 10 bis 20 Personen im Alter von 12 bis 17 Jahren besucht.

Neben den genannten Angeboten, in Zusammenarbeit mit der örtlichen Jugendpflege, bot der IB regelmäßige Beratungen an, die von insgesamt 69 Personen wahrgenommen wurde. 13 Jugendliche und junge Erwachsene, im Alter von 16 bis 27 Jahren nahmen an einer Maßnahme zur Qualifizierung und Beschäftigung teil (siehe auch Tabelle 4).

Die Kreisvolkshochschule (KVHS) führte in Laubach einen Integrationskurs auf der Grundlage des Aufenthaltsgesetzes durch, an dem 4 Männer und 5 Frauen teilnahmen (Tabelle 5).

Der IB und die Stadt Laubach, zumeist über die örtliche Jugendpflege, arbeiten in breit aufgestellten Netzwerken, die über das Stadtgebiet hinausreichen. Eine Zusammenarbeit erfolgt insbesondere mit dem Beratungszentrum Laubach + Grünberg, Schulen, der GIAG (Gesellschaft für Integration und Arbeit, SGB II), ZAUG gGmbH (Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen), der KVHS und dem Jugendamt.

In Laubach gibt es 7 Kindergärten, in denen 302 Kinder betreut wurden. Von den 41 Kindern mit Migrationshintergrund besuchten 36 die beiden Kindertagesstätten in der Kernstadt. In einer Einrichtung in Laubach sprachen Pädagogen/innen neben deutsch türkisch, russisch und polnisch. In der Einrichtung in Wetterfeld sprach eine Erzieherin polnisch.

Außer der intensiven Kooperation mit dem IB, gab es keine gezielte Förderung von Vereinen und Initiativen, die sich um die Integration von Migrantinnen und Migranten bemühen.

3.2.8. Allendorf

Die Gemeinde Allendorf hatte im Dezember 2007 4.433 Einwohner/innen, von denen 95 eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen (2,1%). Das war der niedrigste Ausländeranteil im Landkreis.

In den beiden Kindergärten wurden insgesamt 125 Kinder betreut, von denen 13 (10,4%) einen Migrationshintergrund hatten. Spezielle Fördermaßnahmen wurden nicht angeboten.

3.2.9. Lollar

Von den 10.256 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Lollar, besaßen 1.492 einen ausländischen Pass, das sind 14,5% (Kernstadt ca. 25%). Damit hat Lollar, mit Abstand, den höchsten Ausländeranteil im Landkreis Gießen (Landkreisdurchschnitt, ohne Stadt Gießen 5,2%).

Zusätzlich zum gewählten Ausländerbeirat hat die Stadt Lollar eine hauptamtliche Integrationsbeauftragte, die bis einschließlich Dezember 2007 bei der Stadt angestellt war und deren Stelle ab April 2008 vom Förderverein der Clemens-Brentano-Europa-Schule (CBES) übernommen wurde.

Durch ihre Geschichte als Industriestandort hat die Stadt, anders als die meisten Städte und Gemeinden im Landkreis, jedoch eine lange Erfahrung im Zusammenleben mit Arbeitsmigranten. Vielleicht zogen auch deshalb immer mehr Zuwanderer, zunächst vor allem aus der Türkei, als ehemaligem „Anwerberland“, nach Lollar, andere folgten. Auch Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, vor allem Spätaussiedler, siedelten sich hier an.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete die Stadt Lollar im Jahr 2004 ein umfangreiches Integrationskonzept. Neben Angeboten für bestimmte Migrantengruppen, wie spezielle Angebote für Frauen oder kulturspezifische Angebote, war eine wesentliche Forderung des Konzeptes, die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Regeldiensten.

Von 2004 bis 2007 beteiligte sich Lollar, mit der Kernstadt, an dem Bundesprojekt „Lokales Kapital für soziale Zwecke“. Vorrangiges Ziel des Projektes war die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von am Arbeitsmarkt Benachteiligten. Hierzu wurden besonders Kleinprojekte gefördert, in denen Bürgerinnen und Bürger in lokalen Netzwerken zusammenfinden. Die Stadt Lollar verfolgte hierbei insbesondere die Ziele aus dem Integrationskonzept.

Neben diesen Projekten bot der Ausländerbeirat bei Bedarf soziale Beratung an. Er lud zu einer Podiumsdiskussion ein und veranstaltete zusammen mit der Frauenbeauftragten verschiedene interkulturelle Veranstaltungen.

Die Integrationsbeauftragte bot während der Rathaussprechzeiten Soziale Beratung an. Sie beteiligte sich an der Organisation und Durchführung von interkulturellen Veranstaltungen. Gemeinsam mit der Clemens-Brentano-Europaschule (CBES) und der Agentur für Arbeit organisierte sie Berufsberatungen für Migrantinnen und Migranten. Im Rahmen der Ferienspiele wurden gemeinsam mit der örtlichen Jugendpflege Veranstaltungen mit dem Ziel der Integration angeboten. Die beiden letztgenannten Arbeitsfelder werden seit 2007 vom Internationalen Bund für Sozialarbeit (IB) wahrgenommen.

In Zusammenarbeit mit der Musikschule Buseck gelang es einen Deutsch-Russischen-Singkreis zu initiieren. Im Rahmen des Projektes „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ wurde der „Frauen-Bildungs-Treff“ ins Leben gerufen, an dem sich Frauen aus verschiedenen Nationen beteiligten. Daraus entstand Anfang 2009 ein regelmäßiges „Frauenfrühstück“.

In Kooperation mit dem Deutschen Roten-Kreuz und der Arbeiterwohlfahrt wurden Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Herkunft in der Kranken- und Altenhilfe geschult.

Seit April 2008 ist die Integrationsbeauftragte bei der CBES angegliedert, wo sie die genannten Aufgaben wahrnimmt und weiterentwickelt. Sie bietet Sprechstunden in der Mediathek der Schule, im Stadtteilbüro, im örtlichen Jugendzentrum sowie im Rahmen von Hausbesuchen an.

Die städtische Jugendpflege bot speziell für Mädchen und junge Frauen bis 17 Jahren eine Berufsorientierung an. Auch für junge männliche Migranten wurde ein Angebot in der Übergangsphase von Schule und Beruf realisiert. Mit den offenen Angeboten der Jugendförderung wird, wie in allen anderen Kommunen auch, das Ziel der Integration verfolgt.

Von September 2006 bis September 2009 wurde in der Stadt Lollar das, vom Bundesamt für Migration BAMF), geförderte und von der Stadt finanziell unterstützte Programm „Aufsuchende Jugendarbeit“ durchgeführt, das vom Internationalen Bund für Sozialarbeit e.V. (IB) durchgeführt und betreut wird. Aufgrund der positiven Erfahrungen finanziert die Stadt Lollar das Projekt zunächst bis Ende 2009 weiter.

Darüber hinaus bietet der IB im Rahmen seines Jugendmigrationsdienstes (JMD) unter anderem Soziale Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene von 12 bis 27 Jahren an. Er erreichte hierdurch im Jahr 2007 in Lollar und Umgebung 169 Personen (siehe auch Tabelle 4). Darüber hinaus wurden 35 Personen beraten, die älter als 27 Jahre waren. In 14 Fällen erfolgte eine aktive Elternarbeit. Im Zuge der Sozialen Beratung arbeitete der JMD vor allem mit der CBES und ProFamilia zusammen.

Fünf junge Menschen wurden beim Übergang von Schule und Beruf begleitet. Die Begleitung im Übergang von Schule und Beruf erfolgte in Kooperation mit der GIAGmbH, der Ausländerbehörde, der Otto-Benecke-Stiftung, der KVHS, ZAUG, dem Jugendamt sowie der Stadt Lollar.

Neben den Integrationskursen nach dem Aufenthaltsgesetz (Tabelle 5), den 12 Teilnehmer/innen besuchten, bot der IB 26 Erwachsenen über 27 Jahren Sprachförderkurse an.

In Zusammenarbeit mit der Grundschule Lollar bot der Caritasverband eine Hausaufgabenhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund an. Parallel dazu bietet die Lernkiste seit 2003 Hausaufgabenhilfe an der Grundschule an, wo sie derzeit auch in die Ganztagsbetreuung mit eingebunden ist.

Die Lernkiste bot im Rahmen des Projektes „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ eine regelmäßige Beratung in türkischer Sprache an. Laut Abschlussdokumentation der III. und IV. Förderphase nahmen bis Juni 2008 102 Ratsuchende das Angebot wahr. Davon waren 2/3 Frauen und 1/3 Männer. Die Beratung wurde nach Ablauf des Förderzeitraums vom „Förderverein aktive Nachbarschaften in Lollar e.V.“ (FAN) im „i-Punkt Lollar“ weitergeführt. Außerdem bietet der Verein seit 2004 regelmäßig Beratung und Unterstützung für Russlanddeutsche an.

Die Förderung der Integration ist Bestandteil des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Darüber hinaus wird der FAN über dieses Programm durch die Stadt Lollar finanziell unterstützt.

Ein Angebot für Vorschulkinder und deren Eltern stellt das Projekt „HIPPY“ (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters), des DRK Kreisverbandes Gießen, dar.

Hierbei suchen sog. Hausbesucherinnen regelmäßig die teilnehmenden Migrantenfamilien auf. In deutscher Sprache wird den teilnehmenden Eltern, meist den Müttern, die Inhalte und Ziele der mitgebrachte Arbeitsmaterialien erklärt, mit dem Ziel das sie die Materialien dann selbständig mit den Kindern bearbeiten können. In Lollar haben 16 Kinder und 16 Mütter teilgenommen (siehe Tabelle 4).

Insgesamt besuchten im Dezember 2007 300 Kinder die 5 städtischen Kindergärten in Lollar. 148 Kinder hatten einen Migrationshintergrund (49,3%). Erwartungsgemäß lag der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Kernstadt, mit 64,1% weit höher als in den ländlichen Ortsteilen, mit 20,6%. Im Kindergarten „Grüner Weg“, mit dem höchsten Anteil, von 79%, war eine türkischsprachige pädagogische Fachkraft eingesetzt. In der Einrichtung in der Albert-Schweitzer-Straße sprachen pädagogische Fachkräfte neben deutsch auch russisch und portugiesisch. Der Kindergarten in Ruttershausen arbeitet nach dem sog. Würzburger Programm, dass grundsätzlich die Sprachkompetenz aller Kinder fördert.

In der Stadt Lollar sind weitere Integrationsangebote geplant, wie Mädchencafe, Förderung der Medienkompetenz, Eltern-Kind-Nachmittage und Seniorenpatenschaften.

3.2.10. Rabenau

Die Gemeinde Rabenau hatte am 31.12.2007 5.558 Einwohner/innen, davon hatten 126 eine ausländische Staatsangehörigkeit, das entspricht 2,3 %. Damit bedarf es keines Ausländerbeirates oder Integrationsbeauftragten. Integrationsmaßnahmen werden nicht angeboten.

Von den 160 Kindern, die die beiden Kindergärten der Gemeinde besuchten, hatten 12 einen Migrationshintergrund. Im Londorfer Kindergarten spricht eine Erzieherin, außer deutsch, russisch.

3.2.11. Staufenberg

Von den 8.578 Einwohner/innen hatten 565 einen ausländischen Pass. Damit beträgt der Ausländeranteil 6,6%. Die Stadt Staufenberg hat eine ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten benannt.

Für Erwachsene mit Migrationshintergrund werden keine speziellen Integrationsmaßnahmen angeboten. Im Rahmen der örtlichen Jugendpflege wird für benachteiligte Kinder, insbesondere mit Migrationshintergrund, eine sozialpädagogische Schülerhilfe in Kooperation mit der Lernkiste und der Goetheschule angeboten. In Zusammenarbeit mit der Grundschule Mainzlar bot der Caritasverband eine Hausaufgabenhilfe an.

Ein Kriterium für die Verleihung des Jugendförderpreises der Stadt Staufenberg ist, inwieweit Angebote zur Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher, insbesondere mit Migrationshintergrund, bestehen. So erhielt 2006 die Jugendfeuerwehr

Staufenberg den Preis, weil sie durch besondere Aktionen, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in ihre Reihen aufnehmen und integrieren konnte.

In Staufenberg wurden in 4 Kindertagesstätten insgesamt 318 Kinder betreut, davon 47 (14,8%) mit Migrationshintergrund. Den höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund hatte der Kindergarten Mäuseburg in Staufenberg mit 21,3%, gefolgt von Daubringen, mit 19,2%. So bot die Staufenberger Einrichtung dann auch zweimal wöchentlich einen Deutschkurs für die Kinder an. Im Treiser Kindergarten sprachen Teile des pädagogischen Personals russisch.

3.2.12. Buseck

Von den 13.654 Einwohner/innen am 31.12.2007 besaßen 688 einen ausländischen Pass, das entspricht 5%. Einen Ausländerbeirat oder eine/n Integrationsbeauftragte/n hat die Gemeinde Buseck nicht.

Die Jugendpflege der Gemeinde Buseck bietet in Zusammenarbeit mit der Grundschule Großen-Buseck und dem Jugendamt eine Hausaufgabenhilfe an. Einmal monatlich findet eine Maßnahme zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern im Übergang Schule – Beruf statt. Hierbei kooperiert die örtliche Jugendpflege mit der Gesamtschule Großen-Buseck und der Kreisjugendförderung.

Eine Initiativgruppe von Frauen bietet in gemeindlichen Räumen wöchentlich Deutschübungsstunden für erwachsene Migrantinnen an. Kinder und Jugendliche werden individuell begleitet, hierbei kooperiert die Initiative mit der örtlichen Jugendpflege.

Die Gemeinde Buseck betreibt 6 Kindertagesstätten, in denen 430 Kinder betreut wurden. Jedes 5. Kind hatten einen Migrationshintergrund (87 Kinder = 20,2%) Allerdings lag der Anteil in den Einrichtungen in Großen-Buseck, mit 38,1%, und Oppenrod, mit 35,5%, weit über dem Durchschnitt. Spezielle Angebote zur Integration dieser Kinder gab es in keiner Einrichtung. Allerdings sprachen in drei Kindergärten Pädagogen/innen eine der Muttersprachen der Herkunftsfamilien. In allen drei Einrichtungen konnte russisch gesprochen werden, in Großen-Buseck zusätzlich türkisch und in Trohe polnisch.

3.2.13. Fernwald

Die Gemeinde Fernwald hatte am 31.12.2007 6.934 Einwohner/innen. Der Ausländeranteil betrug 3,4% (238 Personen). Somit hat die Gemeinde weder einen Ausländerbeirat noch eine/n Ausländer- oder Integrationsbeauftragte/n.

Spezielle Angebote zur Integration von Migrantinnen und Migranten werden nicht angeboten.

In den drei Kindergärten der Gemeinde wurden 210 Kinder betreut, davon hatten 19 einen Migrationshintergrund (9%). Spezielle Maßnahmen zur Förderungen dieser Kinder wurden nicht angeboten.

3.2.14. Reiskirchen

Von den 10.999 Einwohner/innen waren 373 ausländische Bürgerinnen, das entspricht 3,4%. Die meisten Bewohner/innen eines früherer Übergangwohnheime für Spätaussiedler sind in Reiskirchen sesshaft geworden und weitere Aussiedler sind zugezogen, so dass die tatsächliche Zahl der Migranten/innen höher ist als die Zahl der ausländischen Bürger/innen.

Ein Ausländerbeirat ist nach HGO nicht vorgesehen. Auch eine/n Ausländer- oder Integrationsbeauftragte/n gibt es in Reiskirchen nicht.

Spezielle Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten werden seitens der Gemeinde nicht angeboten.

Eine finanzielle Förderung von Vereinen, die sich um die Integration von Migrantinnen und Migranten bemühen ist nicht Teil der Förderrichtlinien.

Die Gemeinde Reiskirchen hat 7 Kindertagesstätten, in denen im Dezember 2007 365 Kinder betreut wurden. 119 Kinder hatten einen Migrationshintergrund, das entspricht 32,6%. Nur in den Kindergärten in Burkardsfelden, Ettingshausen und Bersrod lag der Anteil unter 20%.

In dem Kindergarten mit dem höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund (57%) wurde das HIPPY-Projekt (**H**ome **I**nstruction for **P**arents of **P**reschool **Y**oungsters) in Kooperation mit dem DRK angeboten. Hieran nahmen 8 Kinder und 8 Mütter teil (siehe Tabelle 4). In einer anderen Einrichtung sprach eine Erzieherin, neben deutsch, russisch.

3.2.15. Biebortal

Die Gemeinde Biebortal mit ihren 10.698 Einwohner/innen hatte neben Allendorf den geringsten Ausländeranteil, mit 2,7% (288 Personen). Damit ist kein Ausländerbeirat nach HGO erforderlich. Auch gibt es keine/n Ausländer- oder Integrationsbeauftragte/n.

Maßnahmen zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten werden nicht angeboten.

In Biebortal gibt es 7 Kindertagesstätten, die 336 Kinder betreuten. Nach Schätzungen der Gemeinde hatten ca. 10 Kinder einen Migrationshintergrund. Das entspricht mit 2,9% in etwa dem Ausländeranteil in der Gemeinde, was eine Ausnahme darstellt. In den anderen Städten und Gemeinden liegt der Anteil der Kindergartenkinder mit Migrationshintergrund über dem Ausländeranteil insgesamt.

In einem Kindergarten sprachen Erzieher/innen neben deutsch auch polnisch und lettisch.

3.2.16. Heuchelheim

Am 31.12.2007 lebten in Heuchelheim 7.845 Personen, davon hatten 507 eine ausländische Staatsangehörigkeit (6,5%). Damit hat Heuchelheim keinen gewählten Ausländerbeirat aber einen ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten.

Der Ausländerbeauftragte bot zweimal monatlich eine Sprechstunde an. Er initiierte eine Schreibaktion „Meine Geschichte“, bei der Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Geschichte im Ortsblatt veröffentlichen können. Gemeinsam mit Schulen, der Gemeinde und ehrenamtlich engagierten Personen wurde eine Beratung zur Aus- und Weiterbildung angeboten. Auf Initiative des Ausländerbeauftragten wird die Kreisvolkshochschule ab September 2009 einen Integrationskurs anbieten.

Alle zwei Jahre organisiert der Ausländerbeauftragte gemeinsam mit der örtlichen Jugendpflege, Kirchengemeinden, der Arbeiterwohlfahrt und anderen ortsansässigen Vereinen sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein internationales Kulturfest.

Eine finanzielle Förderung von Vereinen, Initiativen und Organisationen, die sich um den Integration von Migrantinnen und Migranten bemühen ist nicht vorgesehen.

Die Gemeinde Heuchelheim verfügt über 3 Kindergärten, die im Dezember 2007 245 Kinder betreuten, von denen 48 (19,6%) einen Migrationshintergrund hatten. Spezielle Integrationskonzepte wurden nicht angeboten.

3.2.17. Wettenberg

Die Gemeinde Wettenberg hatte am 31.12.2007 12.884 Einwohner/innen, von denen 465 einen ausländischen Pass besaßen, das entspricht 3,6%. Damit ist die Wahl eines Ausländerbeirates lt. HGO nicht vorgesehen. Die Gemeinde hat keinen Ausländer- oder Integrationsbeauftragten benannt.

Spezielle Angebote zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten hielt die Gemeinde nicht vor. Auch eine Vereinsförderung mit dem Ziel der Integration war nicht vorgesehen.

In Wettenberg gibt es 5 Kindertagesstätten in gemeindlicher Trägerschaft, mit 445 Plätzen. Insgesamt besuchten 49 Kinder mit Migrationshintergrund die Kindergärten. Integrationsfördernde Maßnahmen wurden in keiner der Einrichtungen angeboten. Den Eltern werden jedoch gezielt Beratungen angeboten, auch unter Hinzuziehung von Dolmetschern. In Einzelfällen werden Kontakte mit Behörden hergestellt.

3.2.18 Gießen

Die Universitätsstadt Gießen ist, mit 86.617 Einwohnern, die mit Abstand größte Kommune im Landkreis. Zwar hat sie prozentual betrachtet, mit rund 12%, lediglich den zweithöchsten Ausländeranteil aller Kreiskommunen, die absolute Zahl ausländischer Bürgerinnen und Bürger übersteigt jedoch den aller anderen Städte und Gemeinden zusammen (9.861 Ausländer in der Stadt Gießen, 9.726 im übrigen Kreisgebiet).

Bei der Betrachtung des Ausländeranteils in der Stadt Gießen muss jedoch die hohe Zahl ausländischer Studierenden an der Universität und der Fachhochschule mit berücksichtigt werden. Integrationspolitisch stellen sie aber lediglich eine marginale Gruppe dar (ins studentische Umfeld eingebunden, meist nach dem Studium Fortzug), so dass in dieser Erhebung nicht weiter auf ausländische Studierende eingegangen werden muss.

Die Frage der Integration von Migrantinnen und Migranten stellt sich in den Stadtteilen sehr unterschiedlich. Migranten mit schlechter Ausbildung und niedrigem beruflichen Status sind aufgrund ihres geringen Einkommens häufig gezwungen, in Wohnquartiere zu ziehen, die ohnehin von sozialer Ausgrenzung gekennzeichnet sind, wodurch der Prozess der Segregation noch beschleunigt wird.

Diesen Herausforderungen begegnet die Universitätsstadt durch gezielte stadtteilbezogene Projekte, z.B. dem Nordstadtprojekt, in deren Rahmen alle Bewohnerinnen und Bewohner aktiviert werden an der Gestaltung ihres baulichen wie sozialem Wohnumfeldes mitzuwirken und dadurch die Wohnqualität zu fördern. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die Integration von Bewohnern mit Migrationshintergrund.

Die Stadt Gießen ist zwar keine kreisfreie Stadt, hat aber aufgrund ihrer Einwohnerzahl landesrechtlich einen Sonderstatus. So verfügt sie über eine eigene Ausländerbehörde, ein Jugendamt und ist Schulträger (für alle anderen kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden diese Aufgaben durch die Kreisverwaltung wahrgenommen). Wie die anderen kreisangehörigen Kommunen ist sie gleichzeitig aber auch Träger von Kindertageseinrichtungen.

Die beschriebene Sonderstellung der Stadt Gießen im Landkreis, die sozioinfrastrukturellen Unterschiede und eine unbekannte Zahl an Migrantorganisationen, Vereinen und Initiativen zur Integrationsförderung lassen einen Vergleich mit den anderen kreisangehörigen Kommunen nur sehr eingeschränkt zu. Deshalb werden wir lediglich kurz auf die Bereiche der Kindertagesstätten und der Jugendförderung eingehen.

Von insgesamt 49 Kindertagesstätten, mit 2948 betreuten Kindern in der Universitätsstadt antworteten 22 auf unseren Fragebogen. Diese betreuten insgesamt 1.138 Kinder, von denen 506 einen Migrationshintergrund hatten (44,5%). Dabei differierte der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund von 13,3% bis 83,7%. Entsprechend unterschiedlich vielen auch die Antworten zu Integrationsmaßnahmen

aus. Alle städtischen Kindergärten arbeiten nach einem einheitlichen Integrationskonzept.

Jugendpflege, Jugendbildungswerk und Aufsuchende Jugendsozialarbeit bieten keine Angebote ausschließlich für Migrantinnen und Migranten an. Die Jugendpflege berichtet, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei Freizeitangeboten (ca. 35 – 50%) wesentlich höher ist als bei Kultur- und Bildungsveranstaltungen (ca. 25%). Nach Erfahrungen des Jugendbildungswerkes der Stadt Gießen liegt auch hier der Anteil der Jugendlichen und jungen Heranwachsenden mit Migrationshintergrund bei außerschulischen Angeboten, wie Bildungsurlaube, Workshops etc. bei ca. 25%.

4. Überregionale Angebote in Stadt und Landkreis Gießen

4.1. Integrationskurse nach dem Aufenthaltsgesetz

Neben der Volkshochschule waren in Gießen noch 6 weitere Integrationskursträger zugelassen (Quelle „Bundesamt für Integration und Flüchtlinge“, BAMF, in Gießen). Im Januar 2008 boten 4 Kursträger insgesamt 11 Seminare an, von denen 3 eine Alphabetisierung einschlossen. Insgesamt nahmen 99 Personen teil (siehe Tabelle 4), wobei der Frauenanteil, mit 61 Teilnehmerinnen überwog. Die meisten Teilnehmer/innen (61) waren zwischen 27 und 54 Jahre alt.

In den Stellungnahmen einiger Bürgermeister zum Entwurf der Bestandserhebung wurde bezüglich der Integrationskurse angeführt, die Anforderungen seien für bildungsferne Migrantinnen und Migranten zu hoch, insbesondere für Analphabeten.

4.2. Kreisausländerbeirat

Der Kreisausländerbeirat bietet während der Bürostunden allgemeine Beratung an. Er vermittelt die Ratsuchenden an die jeweils in Betracht kommenden Stellen und stellt Kontakte her. Hierbei arbeitet er eng mit den Migrationsdiensten der Wohlfahrtsverbände, den Ausländerbeiräten vor Ort sowie Selbstorganisationen der Migranten zusammen.

4.3. Fachbereich Jugend und Soziales des Landkreises

Im Rahmen der Schulsozialarbeit wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gelegt.

Für die Fachkräfte der Jugendhilfe, insbesondere im Bereich der Kindertagesstätten wird eine Fachtagung mit dem Schwerpunkt „Integration von Kindern mit Migrationshintergrund“ angeboten.

In Kooperation mit der GIAG werden begleitende Hilfen für Jugendliche und junge Erwachsene im SGB-II-Bezug gefördert. Ein großer Teil der Teilnehmer/innen hat einen Migrationshintergrund, der aber nicht statistisch erfasst wird.

4.4. Allgemeine Migrationsdienste

Die beiden kirchlichen Träger, Diakonisches Werk (DW) und Caritasverband bieten in ihren Migrationsdiensten, neben einer sog. Migrationserstberatung, auch eine allgemeine soziale Beratung für Migrantinnen und Migranten, die schon länger hier leben, an. Allein beim DW wurden diese Beratungsangebote 2007 von über 100 Personen, unterschiedlichen Alters, in Anspruch genommen.

Der Caritasverband bietet außerdem eine muttersprachliche Beratung für Bürgerinnen und Bürger aus der Türkei an. In Verbindung mit dem Sozialpädagogischen Dienst werden Hausaufgabenhilfen, auch über Gießen hinaus, organisiert (2007 in Lollar, Staufenberg und Linden)

4.5. Jugendmigrationsdienste in Stadt und Landkreis Gießen

Das DW und der Internationale Bund für Sozialarbeit (IB) bieten für junge Migrantinnen und Migranten den sog. Jugendmigrationsdienst (JMD) an. Neben einem allgemeinen Beratungsangebot wird vor allem die Integration der 12- bis 27jährigen individuell gefördert. Innerhalb der ersten drei Jahre nach ihrer Einwanderung erfolgt dies mit Hilfe eines individuellen Integrationsplans. Jugendliche deren Immigration länger als drei Jahre zurückliegt werden bei „integrationsbedingten Problemen und Krisen“ beraten und durch eigene Angebote betreut oder an andere Stellen weitervermittelt (z.B. Jugendamt, sozialpsychiatrische Beratungsstellen u. a. m.).

Um eine individuelle Förderung der Jugendlichen gewährleisten zu können, ist eine umfangreiche Netzwerkarbeit erforderlich. So arbeiten beide JMD eng mit Schulen, örtlichen Jugendpflegen, den Jugendämtern, Integrationskursträgern, der Agentur für Arbeit, GIAG, Vereinen von Migranten und vielen anderen im Landkreis zusammen.

Das Angebot des DW erstreckt sich räumlich auf die Stadt Gießen, Heuchelheim, Wettenberg, Biebertal, Langgöns, Linden und Pohlheim. Sowohl im Jahr 2007, wie auch 2008 nahmen 101 Personen das Angebot an. Die vorliegende Statistik des JMD macht keine Angaben zum Wohnort der betreuten Personen.

Der JMD des Internationalen Bundes für Sozialarbeit begleitete im Jahr 2007 70 jugendliche Migrantinnen und Migranten (2008 72) in den Städten Lollar, hier ist auch der Sitz des JMD, Staufenberg, Laubach und Gießen.

4.6. Weitere Angebote

Im Landkreis, insbesondere in Gießen, gibt es noch weit mehr Angebote z. B. von Selbstorganisationen von Migranten, kleinerer Initiativen und Vereinen, die aber häufig unbekannt sind und in der Regel nur eine begrenzte Gruppe von Migranten/innen ansprechen. Als ein Beispiel sei die jüdische Gemeinde in Gießen genannt, die für ihre Mitglieder aus Osteuropa Sozialberatungen in russischer Sprache anbietet. Diese Anbieter wurden nicht befragt, da viele gar nicht bekannt sind und die Angebote, da nur auf bestimmte Personengruppen beschränkt, kaum vergleichbar sind. Häufig gehen die Angebote auch in Richtung Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung, z.B. bei „Tagen der offenen Tür“ von Moscheevereinen. Solche Initiativen stellen einen wichtigen Beitrag zu Integration dar, waren aber nicht Gegenstand dieser Erhebung.

5. Beschreibung der Situation und Empfehlungen

5.1. Beschreibung der Situation auf der Ebene der Städte und Gemeinden

Bei der Auswertung der Daten wurde schnell deutlich, dass sich die Angebotstrukturen in den Städten und Gemeinden sehr unterschiedlich darstellen. Dies hängt auch mit der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur der Kreiskommunen zusammen, Ausländeranteile von 2,1% in Allendorf/Lda. bis 14,5% in Lollar. Die Ausländer, die als einzige Gruppe der Zuwanderer statistisch erfasst werden, bilden jedoch nur einen Teil der zu integrierenden Migrantinnen und Migranten. Spätaussiedler und bereits Eingebürgerte (allein in den Jahren 2006 bis 2008 wurden im Landkreis, ohne Stadt Gießen, 516 Personen eingebürgert) sind statistisch nicht zu erfassen, stellen jedoch in einigen Städten und Gemeinden des Kreises einen soziostrukturell relevanten Teil der Bevölkerung.

In einigen Städten und Gemeinden bemühen sich Ausländerbeiräte, Vereine, freie Träger der Wohlfahrtspflege etc. um die Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass die einzelnen Akteure oft nichts von einander wissen und somit kaum oder gar nicht zusammenarbeiten. Angebote sind häufig nicht aufeinander abgestimmt und können so ihr eigentliches Wirkungspotenzial nicht ausschöpfen. Um von einem Nebeneinander zum Miteinander zu kommen, ist der Aufbau von tragfähigen Netzwerken, unter maßgeblicher Beteiligung der kommunal Verantwortlichen, zu empfehlen.

Nach Auskunft des Kreisausländerbeirates (KAB) gibt es im Landkreis, incl. Stadt Gießen, über 30 Migrantenorganisationen oder Vereine und religiöse Gemeinschaften mit überwiegendem Migrantenanteil (z.B. Moscheevereine, syrisch orthodoxe Gemeinden etc.). Da sie in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung treten, wurden sie bei einer entsprechenden Abfrage des KAB von den Städten und Gemeinden meist nicht

benannt. Auch auf die, im Rahmen dieser Erhebung gestellte Frage, „sollten Ihnen weitere... Vereine, Initiativen und Organisationen bekannt sein, die sich in ihrer Stadt / Gemeinde gezielt um die Integration von Migrantinnen und Migranten bemühen, benennen Sie diese bitte kurz“ hat keine Kommune geantwortet.

5.2. Empfehlungen von Maßnahmen zur Integration in den Städten und Gemeinden

- **Einrichtung von Dialogforen:** Teilnehmer z.B.: Migranten/innen, Vertreter von ortsansässigen Vereinen, Kirchengemeinden, kommunale Gremien
- **Ansprechpartner für Fragen der Integration,** z.B. Integrationsbeauftragte
- **Sprachförderung in den Kindertagesstätten**
- **Verstärkte Elternarbeit in den Kindertagesstätten,** z.B. als Projekt mit Wohlfahrtsverbänden
- **Förderung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Kindern im Vorschulalter,** z.B. in Kooperation von Kita und Wohlfahrtsverbänden
- **Aufsuchende Jugendsozialarbeit,** z.B. in Kooperation von örtlicher Jugendpflege und Wohlfahrtsverbänden
- **Förderung von Vereinen und Initiativen, die sich um die Integration von Migranten/innen bemühen**

Dialogforen

Die Migrantenorganisationen können wichtige Multiplikatoren bei der Förderung der Integration werden. In den Kommunen, in denen es noch keine institutionalisierte Kommunikation zwischen Betroffenenorganisationen und kommunalen Gremien, Vereinen, ortsansässige Kirchengemeinden etc. gibt und ein Bedarf besteht, sollten Dialogforen, z. B. in Form von „Runden Tischen“ u. ä. mit dem Ziel ins Leben gerufen werden, gemeinsame Integrationsziele und – maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

Ansprechpartner auf kommunaler Seite

Damit aus einem solchen Dialog Integrationsziele und daraus Projekte und Maßnahmen entwickelt werden können und Integrationsprozesse entstehen, ist ein hohes Maß an Kontinuität erforderlich. Um diese sicher zu stellen, muss der Gesamtprozess sowie jeder einzelne Schritt moderiert und koordiniert werden. Dabei ist die Akzeptanz der Integrationsziele in der Bevölkerung, Einheimische wie Migranten/innen, von zentraler Bedeutung für den Erfolg des Prozesses. Daher ist es sinnvoll Ansprechpartner zu benennen.

Sprachförderung und Elternarbeit in Kindertagesstätten

In allen Kindertagesstätten im Landkreis bemühen sich die Erzieherinnen und Erzieher um die Förderung von Kindern, die Sprachdefizite aufweisen, einheimischen wie Kindern mit Migrationshintergrund. Um Sprachhindernisse erkennen und gezielte sprachpädagogische Interventionen einleiten zu können, müssen Erzieher/innen jedoch

entsprechend ausgebildet sein. Ein Schritt in diese Richtung ist die Schulung im Rahmen des Projektes „KiSS“ (Kindersprachscreening“), dass vom Kreisgesundheitsamt angeboten wird.

Allerdings kann die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund nur ein Baustein zur Integration sein. Daneben ist eine intensive Einbeziehung der Eltern in die Erziehungsarbeit erforderlich, wie sie beispielsweise im Projekt „HIPPY“ (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters) im Vordergrund steht. Ohne die Partizipation der Eltern an der Erziehung im Kindergarten und später in der Schule fehlt sowohl den Kindern und wie auch den Pädagogen eine wichtige Unterstützung bei der kindlichen Entwicklung. Eine Ausweitung des Projektes Hippy oder ähnlicher Angebote erscheint daher sinnvoll.

Aufsuchende Jugendsozialarbeit

In allen Städten und Gemeinden des Landkreises bemühen sich Jugendpflegen, meist in Zusammenarbeit mit den Schulen, um die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Strategien sind aber sehr unterschiedlich. Nur wenige Städte und Gemeinden bieten gezielte Integrationsmaßnahmen an oder kooperieren in diesem Handlungsfeld mit Wohlfahrtsverbänden. Die meisten bieten offene Angebote an, die sich sowohl an Einheimische wie Migranten/innen wenden.

Bei einer „passiven“ Öffnung vorhandener Angebote wird die aktive Integrationsleistung einseitig von den Migrantinnen und Migranten erwartet. Hierbei bleiben oft vorhandene Hemmnisse aufgrund eines anderen kulturellen, religiösen Hintergrundes sowie Sprachbarrieren außer acht. Auf spezifische Bedarfe, z. B. von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nach Klärung des Rollenverständnisses, nach Förderung der Potenziale von Migranten, Austausch der Kulturen etc., wird nicht gezielt eingegangen.

Nach den umfangreichen Erkenntnissen der Sozialforschung zum Thema Integration, die sich auch in den „Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen“ (herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium, März 2007) widerspiegeln, ist „im Sinne einer nachhaltigen Integration ein strukturierter und dauerhafter Dialog unabdingbar. Dies erfordert sowohl von Seiten der Mehrheitsgesellschaft die Bereitschaft und Fähigkeit, Menschen aus anderen Kulturen zu integrieren als auch von Seiten der Zugewanderten den Willen zur Öffnung und Partizipation.“

In der Jugendarbeit bedeutet dies u. a., gezielt auf die Jugendlichen mit Migrationshintergrund zuzugehen, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu berücksichtigen. Dies erfordert in Teilen eine andere Ausrichtung der örtlichen Jugendförderung. Ein Ansatz besteht in der Kooperation mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege, die gezielt Maßnahmen anbieten können, wie z.B. Modelle aufsuchender Sozialarbeit, Unterstützung der örtlichen Vereine bei der Integration von Migranten/innen, sozialpädagogische Gruppen- und Einzelfallarbeit. All dies muss aber sowohl mit der einheimischen Bevölkerung wie auch mit den Zugewanderten kommuniziert und von beiden Seiten getragen werden, um nachhaltig wirken zu können.

Förderung von Vereinen und Initiativen

Immer mehr Vereine klagen über Nachwuchsmangel. Die meisten Städte und Gemeinden fördern bereits seit langem die Jugendarbeit von Vereinen. Zwar richten sich die Angebote der Vereine an alle, Einheimische wie Zugezogene, doch meist erreichen sie nur einheimische Kinder und Jugendliche. Durch ein „aktives Zugehen“ auf Migrantenfamilien können Mitglieder geworben werden, nicht nur im Bereich des Sports.

Anja Schwieger stellt in ihrer Studie „Fremde auf dem Lande“ fest „die Zugewanderten stoßen in den Dörfern und Kleinstädten auf einen häufig auf Tradition und Einzelpersonen geprägten Kontext“. Dies dürfte auch in manchen Vereinen im Landkreis Gießen der Fall sein. Durch die gezielte Förderung von aktiven Integrationsbemühungen und den Dialog mit den Migrantinnen und Migranten kann eine Öffnung der Vereine gelingen.

5.3. Beschreibung struktureller Defizite auf Landkreisebene

Von der Ebene des Landkreises aus betrachtet, gibt es in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, vor allem in Gießen, vielfältige aber punktuelle Angebote zur Integration, die weder inhaltlich noch räumlich aufeinander abgestimmt sind. So entscheiden oft nicht räumliche Strukturen und Bedarfe über die Ansiedelung von Angeboten, sondern offensichtlich bestimmen andere Kriterien die Standortwahl, z.B. persönlichen Kontakte.

Als ein Beispiel sei an dieser Stelle das Projekt HIPPY (**H**ome **I**nstruction for **P**arents of **P**reschool **Y**oungsters) genannt, bei dem sog. Hausbesucherinnen regelmäßig die teilnehmenden Migrantenfamilien besuchen. Sie erklären in der Regel den Müttern in deutscher Sprache mitgebrachte Arbeitsmaterialien, die diese dann selbständig mit den Kindern bearbeiten können. Die Hausbesucherinnen arbeiten ehrenamtlich und kommen in der Regel aus den Herkunftsländern der teilnehmenden Familien. Nur die Koordination und kontinuierliche Anleitung der Hausbesucherinnen erfolgt durch hauptamtlichen Mitarbeiter/innen des jeweiligen Trägers (hier DRK).

In Lich und Reiskirchen werden jeweils 8 Familien betreut und in Lollar 16. Das bedeutet, es gibt nur mit einzelnen Kindergärten eine Zusammenarbeit und auch hier können nur wenige Familien von diesem Programm profitieren. Dies liegt natürlich auch daran, dass es schwierig ist, geeignete Hausbesucherinnen zu finden. Es zeigt aber auch ein strukturelles Problem auf. Mit sehr viel Engagement und verhältnismäßig hohem Personalaufwand (Koordination und Anleitung) wird in den betreuten Familien eine hohe Wirkung erzielt, deren Nachhaltigkeit aber in Frage steht, da Folgeangebote fehlen. Das für die teilnehmenden Familien und den Hausbesucherinnen sehr erfolgreiche Programm ist nicht in eine, auf vorhandene Strukturen und von allen Seiten akzeptierte Integrationspolitik eingebunden. Dadurch werden die Ressourcen, dieses Programms nicht ausgeschöpft.

5.4. Empfehlungen auf Kreisebene

- **Vernetzung der wesentlich am Integrationsprozess Beteiligten / Dialogforen** (Migrantenorganisationen, Kreisausländerbeirat, Wohlfahrtsverbände, gesellschaftlich relevante Gruppen, Vertreter von politischen Gremien etc.)
- **Verstärkte Zusammenarbeit bei Fragen der beruflichen Orientierung Jugendlicher**, zwischen Landkreis, Agentur für Arbeit, GIAG und Sozialarbeit an Schulen
- **Qualifizierung und Vernetzung von Mitarbeiter/innen in Kindertageseinrichtungen sowie aus der Kinder- und Jugendarbeit**
- **Erstellen einer Broschüre, in der Migrantenorganisationen sich und ihre Integrationsbemühungen vorstellen können**
- **Einrichtung einer Koordinationsstelle für Integrationsfragen**

Vernetzung / Dialogforen

Da, wie beschrieben, der Integrationsprozess langwierig ist, sollten Einzelmaßnahmen kombiniert werden. Dies erhöht ihre Wirkung und Nachhaltigkeit. Auch sollten Angebote regional aufeinander abgestimmt und vernetzt sein. Eine Voraussetzung hierzu ist die Zusammenarbeit der Anbieter untereinander sowie mit der Nachfragerseite, hier die Städte und Gemeinden sowie der Landkreis. Insbesondere müssen aber die Migrantinnen und Migranten einbezogen werden.

Wie in den einzelnen Kommunen, sollte auch auf Kreisebene ein Dialogforum installiert werden. Ähnlich wie in den einzelnen Städten und Gemeinden sollte dieses Forum die Aufgabe haben, Integrationsziele auf der Ebene des Landkreises zu erarbeiten, die durch die politischen Gremien verabschiedet werden. Auf der Grundlage der Integrationsziele sollte das Forum Regionen übergreifende Maßnahmen initiieren und begleiten.

Um eine Vernetzung, der wesentlich am Integrationsprozess Beteiligten, sicher zu stellen, müssen sowohl die Migranten/innen selbst, der Kreisausländerbeirat, die Träger der Wohlfahrtspflege, die in diesem Feld tätig sind, sowie politisch Verantwortliche von Kreis und Kommunen (z.B. Vertreter der Bürgermeisterversammlung) in diesem Gremium mitarbeiten. Aber auch Vertreter/innen von gesellschaftlich relevanten Gruppen, wie z.B. Feuerwehren, Sportvereinigungen etc. sollten mitwirken.

Verstärkte Zusammenarbeit bei Fragen der beruflichen Orientierung Jugendlicher

In den Leitlinien und Handlungsempfehlungen des Sozialministeriums für kommunale Integrationsprozesse in Hessen wird festgestellt, dass für die Integration Jugendlicher insbesondere auch die Unterstützung der beruflichen Qualifikation eine grundlegende Voraussetzung ist und die Kooperation aller Beteiligten erfordert. Der Landkreis kann hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem er die Bundesagentur für Arbeit, die Gesellschaft für Integration und Arbeit mbH, Sozialarbeit an Schulen sowie den

Kreisausländerbeirat zu einer Gesprächsrunde einlädt. Probleme grundsätzlicher Art wie bei der Berufsorientierung, können aus unterschiedlichen Blickwinkeln erörtert und gemeinsame Maßnahmen initiiert werden.

Qualifizierung und Vernetzung von Mitarbeiter/innen in Kindertageseinrichtungen sowie aus der Kinder- und Jugendarbeit

Das Kreisgesundheitsamt bietet bereits Fortbildungen im Rahmen des Projektes KiSS (Kindersprachscreening) an. Durch die Kindergartenfachberatung des Fachdienstes Jugend wird neben fachlicher Beratung auch eine Basis für einen fachlichen Austausch der Kindertagesstätten im Landkreis Gießen angeboten.

Die Kindergartenfachberatung und die Jugendförderung des Landkreises werden in Kooperation mit dem Kreisausländerbeirat u. a. einen Fachtag zu Thema „Kinder mit Migrationshintergrund“ anbieten. Der Fachtag dient der Information und der Vermittlung von Hintergrundwissen und aktueller Forschungsergebnisse. Ziel ist es, Fachkräfte aus der Kindertagesbetreuung, aber auch aus der Kinder- und Jugendarbeit für dieses Thema und diese Zielgruppe zu sensibilisieren und Möglichkeiten zu vermitteln, wie eine bessere Integration, ein besseres Verständnis und eine an den Kindern und Jugendlichen orientierte Förderung umgesetzt werden kann.

Über diese Angebote hinaus ist aber auch ein stetiger fachlicher Austausch der im Bereich Kinder- und Jugendarbeit haupt- und ehrenamtlich Tätigen geboten. Hierzu kann der Landkreis einladen.

Erstellen einer Broschüre

Wie bereits ausgeführt, gibt es im Landkreis über 30 Selbstorganisationen von Migranten. Ein erster Schritt in Richtung Dialog ist, ihnen eine Plattform zu bieten, sich vorzustellen. Das könnte in Form einer Broschüre erfolgen, in der sich alle Organisationen vorstellen und ihre Integrationsarbeit beschreiben können. Die Broschüre sollte gemeinsam vom Landkreis und der Stadt Gießen herausgegeben werden.

Einrichtung einer Koordinationsstelle

Ein, wie in den „Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen“ (herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium, März 2007) geforderter strukturierter und dauerhafter Dialog, muss moderiert werden. Ergebnisse (Maßnahmenvorschläge) müssen ausgearbeitet und umgesetzt werden. Hierzu bedarf es entsprechend ausgebildeter hauptamtlicher Kräfte, die beim Landkreis anzusiedeln wären. Diese einzurichtende Stelle, müsste u. a. auch Fördermittel (z. B. aus dem Europäischen Sozialfond, Stiftungsgelder, Bundes- und Landesmittel) akquirieren.

6. Tabellenteil

Tabelle 1

Ausländerbeiräte und Integrations- bzw. Ausländerbeauftragte			
	Ausländerbeirat	Integrationsbeauftragte/r	
		ehrenamtlich	hauptamtlich
Langgöns		X	
Linden	X	X	
Pohlheim	X		
Region 1	2	1	0
Hungen			
Lich	X		
Region 2	1	0	0
Grünberg			
Laubach			
Region 3	1	0	0
Allendorf			
Lollar	X		X
Rabenau			
Staufenberg		X	
Region 4	1	0	1
Buseck			
Fernwald			
Reiskirchen			
Region 5	0	0	0
Biebertal			
Heuchelheim		X	
Wettenberg			
Region 6	0	0	0
Stadt Gießen	X		X
gesamt	4	1	1
Landkreis	X		

Quelle: Angaben der Städte und Gemeinden

Tabelle 2

Allgemeine Maßnahmen zur Integration von Migranten/innen durch Ausländerbeiräte und / oder Integrationsbeauftragte																															
Kommune	Maßn.	Soziale Beratung					Sprachförderung					Alphabetisierung					interkulturelle Feste					sonst. Veranstaltungen					Vorträge				
		reg	Tur-nus	un-reg	ein-mal	kein	reg	Tur-nus	un-reg	ein-mal	kein	reg	Tur-nus	un-reg	ein-mal	kein	reg	Tur-nus	un-reg	ein-mal	kein	reg	Tur-nus	un-reg	ein-mal	kein	reg	Tur-nus	un-reg	ein-mal	kein
Langgöns	4	X	w.				X				X							X												X	
Linden	5	X	w.				X	w.					X					X								X	X				
Pohlheim*																															
Region 1		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Hungen	0				X					X				X				X							X					X	
Lich	3			X						X				X	X	1/J.					X**	k.A.								X	
Region 2		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Grünberg	0				X					X				X				X						X						X	
Laubach	0				X					X				X				X						X						X	
Region 3		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Allendorf	0				X					X				X				X						X						X	
Lollar	3	X	***							X				X			2/J.				X									X	
Rabenau	0				X					X				X				X						X						X	
Staufenberg	0				X					X				X				X						X						X	
Region 4		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Buseck	0				X					X				X				X						X						X	
Fernwald	0				X					X				X				X						X						X	
Reiskirchen	0				X					X				X				X						X						X	
Region 5		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Biebertal	0				X					X				X				X						X						X	
Heuchelheim	3	X	2x m.							X				X	X	2jährl.					X									X	
Wettenberg	0				X					X				X				X						X						X	
Region 6		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Landkreis		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		

Legende: reg. = regelmäßiges Angebot; unreg. = unregelmäßiges Angebot; einm. = einmaliges Angebot

Quelle: eigene Erhebung

* keine Angaben

** türkische Musik in Kooperation mit Musikschule Lich

*** während der Rathaussprechzeiten

Tabelle 3

Maßnahmen der örtlichen Jugendpflegen

Kommune	Soziale Beratung					Sprachförderung Alphabetisierung					interkulturelle Veranstaltungen / Feste					Hausaufgabenhilfe					Übergang Schule - Beruf					sonstiges, welches					
	regel- mäßi- g	Tur- nu- s	un- re- g	ein- ma- l	kei- n	regel- mäßi- g	Tur- nu- s	un- re- g	ein- ma- l	kei- n	regel- mäßi- g	Tur- nu- s	un- re- g	ein- ma- l	kei- n	regel- mäßi- g	Tur- nu- s	un- re- g	ein- ma- l	kei- n	regel- mäßi- g	Tur- nu- s	un- re- g	ein- ma- l	kei- n	regel- mäßi- g	Tur- nu- s	un- re- g	ein- ma- l	kei- n	
Langgöns	1	w.							X	X					1	w.					X									X	
Linden	X*					X*								X							X								X		
Pohlheim					X				X					X							X								X		
Region 1																															
Hungen					X				X					X							X					X			X		
Lich					X				X	2	w.				X						X					X	1	w.			
Region 2																															
Grünberg					X				X					X							X					X				X	
Laubach	1	w.							X					X							1	w.								X	
Region 3																															
Allendorf					X				X					X							X					X				X	
Lollar					X				X					X							X					X				X	
Rabenau					X				X					X							X					X				X	
Staufenberg					X				X					X	1	w.					X					X				X	
Region 4																															
Buseck					X				X					X	1	w.					1	m.								X	
Fernwald					X				X					X							X					X				X	
Reiskirchen					X				X					X							X					X				X	
Region 5																															
Biebertal					X				X					X							X					X				X	
Heuchelheim					X				X					X							X					X				X	
Wettenberg					X				X					X							X					X				X	
Region 6																															
Landkreis	2		0	0	15	1		0	0	16	1		1	1	14	3		0	0	14	1		1	0	15	1		0	0	16	

Legende: reg. = regelmäßiges Angebot; unreg. = unregelmäßiges Angebot; einm. = einmaliges Angebot;

Quelle: eigene Erhebung

* gemeinsame Veranstaltungen mit Ausländerbeirat

Tabelle 4

Integrationsmaßnahmen freier Träger der Wohlfahrtspflege	
Ort und Träger	Art der Maßnahme
Langgöns	
Linden Caritas	Hausaufgabenhilfe
Pohlheim	
Hungen	
Lich, DRK	Sprachförderung, Elternarbeit, allg. berufl. Quali., Orientierungshilfen, interkulturelle Veranstaltungen,
Grünberg	
Laubach IB	Soziale Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung
Allendorf	
Lollar IB	Soziale Beratung, Begleitung Übergang Schule-Beruf, Elternarbeit
Lollar DRK	Sprachförderung., Elternarbeit, allg. berufl. Quali., Quali. Altenhilfe, Orientierungshilfen, interkulturelle Veranstaltungen,
Lollar Lernkiste	allgemeine Beratung in türkischer Sprache
Rabenau	
Staufenberg Lernkiste	sozialpädagogische Schülerhilfe
Buseck	
Fernwald	
Reiskirchen DRK	Sprachförderung, Elternarbeit, allg. berufl. Quali., Orientierungshilfen, interkulturelle Veranstaltungen,
Biebertal	
Heuchelheim	
Wettenberg	
Gi. DW für ges. Kreisgebiet	Soziale Beratung, Sprachförderung, Begleitung Übergang Schule-Beruf, Elternarbeit,
Gi. Caritas für ges. Kreisgebiet	Soziale Beratung, schulische Quali., Elternarbeit, interk. Veranstaltungen

Quelle: eigene Erhebung

Tabelle 5

**Anzahl der Teilnehmer/innen an Integrationsangeboten
der Wohlfahrtsverbände ***

Veranstaltungsort Lich, Träger: DRK (Projekt HIPPY)								
	bis 16 Jahre		16 bis 21 J.		21 bis 27 J.		älter als 27 J.	
	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl
Sprachförderung	4	4				1		7
schulische Quali.	4	4						
berufl. Quali.						1		7
Elteranarbeit						1		7
Orientierungshilfe						1		7

Veranstaltungsort Laubach, Träger IB								
	bis 16 Jahre		16 bis 21 J.		21 bis 27 J.		älter als 27 J.	
	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl
Soziale Beratung	5	3	20	7	15	6	8	5
Qualifizierung u.			6		5	2		
Beschäftigung								

Veranstaltungsort Lollar, Träger IB								
	bis 16 Jahre		16 bis 21 J.		21 bis 27 J.		älter als 27 J.	
	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl
Soziale Beratung	41	33	31	26	22	16	9	26
Überg. Schule/Beruf			4	1				
Elternarbeit								

Veranstaltungsort Lollar, Träger DRK (Projekt HIPPY)								
	bis 16 Jahre		16 bis 21 J.		21 bis 27 J.		älter als 27 J.	
	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl
Sprachförderung	7	9				4		12
schulische Quali.	7	9						
berufl. Quali.						4		12
Elteranarbeit						4		12
Orientierungshilfe						4		12

Veranstaltungsort Reiskirchen, Träger DRK (Projekt HIPPY)								
	bis 16 Jahre		16 bis 21 J.		21 bis 27 J.		älter als 27 J.	
	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl	männl	weibl
Sprachförderung	4	4				2		6
schulische Quali.	4	4						
berufl. Quali.						2		6
Elteranarbeit						2		6
Orientierungshilfe						2		6

* aufgeführt sind nur Angebote, bei denen konkrete Angaben vorlagen

Tabelle 6

Teilnehmer/innen an Integrationskursen im Januar 2008 nach Geschlecht und Alter							
Kommune	Anzahl Kurse	Teiln. ges.	davon		*davon		
			männl.	weibl.	bis 27 J.	27 b. 54 J.	ü. 54 J.
Langgöns	2	24	4	20	6	11	6
Linden							
Pohlheim							
Region 1	2	24	4	20	6	11	6
Hungen**	1	18		18		10	
Lich	1	6	1	5		5	
Region 2	2	24	1	23	8	15	
Grünberg							
Laubach	1	9	4	5		7	
Region 3	1	9	4	5		7	
Allendorf							
Lollar	1	12	2	10	6	6	
Rabenau							
Staufenberg							
Region 4	1	12	2	10	6	6	
Buseck							
Fernwald							
Reiskirchen							
Region 5							
Biebertal							
Heuchelheim							
Wettenberg							
Region 6							
Landkreis	6	69	11	58	21	39	8
Gießen	11	99	38	61	24	61	14
ges.	17	168	49	119	45	100	22

Quelle: BAMF, Gießen

*Nennungen unter 3 sind aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht aufgeführt

** Frauenintegrationskurs

Tabelle 7

Kindertagesstätten												
Kommune	Anzahl Kita	Kinder gesamt	davon mit Mig.hintergr.		Kita mit Integrationskonzept		Kita mit spezieller Elternarbeit		Personal mit Migrationshintergrund			
				%	Anzahl Kita	Inhalt	Anzahl Kita	Inhalt	Anzahl Kita	Herkunftssprache		
										türkisch	russisch	andere
Langgöns	7	369	96	26,0	1	Sprachförderung	2	Dolmetscher, Hausbesuche	2		2	
Linden*	5	397	146	36,8			1	Dolmetscher, Hausbesuche	1		1	französisch
Pohlheim	8	602	178	29,6	2	Sprachförderung	0		0			
Region 1	20	1368	420	30,7	3		3		3	0	3	
Hungen**	8	416	36	8,7	1	Interkult. Ansatz, Sprachförderung	1	Beratungsangebote				
Lich*	4	315	75	23,8	0		0		2		2	
Region 2	12	731	111	15,2	1		1		2	0	2	
Grünberg	7	422	0									
Laubach	7	302	41	13,6			7	Dolmetscher, Entwicklungsgespr.	2	1	1	polnisch
Region 3	14	724	41	5,7	0		7		2	1	1	
Allendorf	2	125	13	10,4								
Lollar*	5	300	148	49,3	1	Würzburg. Progr.	0		2	1	1	portugiesisch
Rabenau	2	160	12	7,5					1		1	
Staufenberg	4	318	47	14,8	1	Sprachförderung			1		1	
Region 4	13	903	220	24,4	2		0		4	1	3	
Buseck*	6	430	37	8,6	0		0		3	1	3	polnisch
Fernwald	3	210	19	9,0	0		0		0			
Reiskirchen	7	365	119	32,6	0		1	Hippy (Träger DRK)	1		1	
Region 5	16	1005	175	17,4	0		1		4	1	4	
Biebertal	7	336	10	3,0	0		0		1			polnisch, lettisch
Heuchelheim	3	245	48	19,6								
Wettenberg*	5	445	49	11,0								
Region 6	15	1.026	107	10,4	0		0		1	0	0	
Landkreis	90	5.757	1074	18,7	6		12		16	3	13	

* benannt wurden ausschließlich Kindergärten in kommunaler Trägerschaft

Quelle: eigene Erhebung

** Nur in einem Kiga Migrantenkinder, da aber 40%

